Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 13.09.2023

Stellungnahme zur Drucksache 4148/2020-2025 Bürgereingabe „Parents for Future Bielefeld“ zur Planung L712n/Herforder Straße

Inhalte der Eingabe:

Der Bürgerantrag befasst sich mit dem Bau und der Planung der Herforder Straße und fordert sehr deutlich keine Umsetzung durch das Land bzw. Unterstützung durch die Stadt Bielefeld. Es werden somit drei essentielle Forderungen (*Beschlussempfehlungen*) an die politischen Gremien der Stadt Bielefeld gestellt, die im Folgenden fachlich erörtert werden:

1. Beschlussempfehlung: *Grundstücke im Besitz der Stadt Bielefeld, die für den Bau der L712n benötigt werden, [sollen] nicht an den Landesbetrieb Straßen.NRW veräußert werden.*

Erläuterungen des Dezernats 3

Zur Realisierung der planfestgestellten Maßnahme (Ausbau der L712n 4. Bauabschnitt [BA]) ist die Abgabe von städtischen Flächen insbesondere im Bereich der Grafenheider Straße sowie Herforder Straße zwingend notwendig. Durch den rechtsgültigen Planfeststellungsbeschluss hat die Vorhabenträgerin mittlerweile Baurecht erlangt. Die benötigten Grundstücke müssen dabei von der Vorhabenträgerin erworben werden. Kommt der Grundstückseigentümer (hier die Stadt Bielefeld) dem nicht nach, so kann die Vorhabenträgerin ein sogenanntes Besitzeinweisungsverfahren gemäß Straßen- und Wegegesetz NRW §41 (FN 16) einleiten, gefolgt von einem Enteignungsverfahren. An das Besitzeinweisungsverfahren sind hohe Anforderungen gestellt:

- Die vorzeitige Besitzeinweisung setzt voraus, dass die sofortige Ausführung der Maßnahme auf dem betroffenen Grundstück aus Gründen des allgemeinen Wohls geboten ist
- Die vorzeitige Besitzeinweisung ist nur bei eilbedürftigen Maßnahmen zulässig und wenn **einem Enteignungsantrag mit hoher Wahrscheinlichkeit entsprochen** würde.

Durch das Planfeststellungsverfahren einhergehend mit der gerichtlichen Überprüfung ist es sehr wahrscheinlich, dass einem Enteignungsantrag stattgegeben werden würde und so die Maßnahme bei Weigerung der Grundstückabgabe nur aufgeschoben werden würde.

2. Beschlussempfehlung: *[Es] sollen ggf. bestehende Kooperationsverträge mit Straßen.NRW bezüglich der genannten Bauprojekte gekündigt werden*

Erläuterungen des Dezernats 3

Die Stadt Bielefeld hat bezogen auf die Maßnahme der L712n keine Kooperationsverträge o.ä. mit Straßen.NRW abgeschlossen. Die Stadt Bielefeld war im Verfahren ein *Träger Öffentlicher Belange* und hat im Rahmen der Planfeststellung entsprechend auf das Projekt hingewirkt.

Bezogen auf die Maßnahme des 4-spurigen Ausbaus der Herforder Straße zwischen der Kreuzung Rabenhof und dem Anschluss der L712n (ca. auf Höhe Mehlstraße) gibt es eine Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und Straßen.NRW zur Planung eines Ausbaus der Herforder Straße im o.g. Abschnitt. Mit der Informationsvorlage 6097/2020-2025 hat die Verwaltung die Politik und Öffentlichkeit über das weitere Vorgehen u.a. bei der Planung der Herforder Straße informiert. Ziel ist eine Neuausrichtung der ursprünglichen Planung zu Gunsten eines deutlichen reduzierten Querschnittes bei gleichzeitiger Berücksichtigung eines Radschnellweges. Dies bedingt, dass zeitnah mit Straßen.NRW über die Anpassung der Planungsvereinbarung aus dem Jahr 2008 gesprochen werden wird.

Ziel ist es, eine Planung zu erarbeiten, die im Einklang der Mobilitätsstrategie der Stadt Bielefeld und einer nachhaltigen verkehrlichen Entwicklung steht und somit die Ziele von Parents for Future annähernd erreicht.

- 3. Beschlussempfehlung: [Es] sollen die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Bielefeld geprüft werden, die überalterten Planungen in der aktuellen Situation planungsrechtlich neu zu bewerten. Die klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt Bielefeld und das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundesklimaschutzgesetz vom April 2021 machen eine juristische Neubewertung notwendig.*

Erläuterungen des Dezernats 3

Die Stadt Bielefeld hat als Gemeinde nur rechtliche Möglichkeiten, soweit sie in ihrem Selbstverwaltungsrecht aus Art. 28 Abs. 2 GG betroffen ist. Der Klimaschutz im Allgemeinen stellt keinen Teil des Selbstverwaltungsrecht einer Gemeinde dar.

Im Übrigen sind die Planungen bestandskräftig geworden, sodass keine rechtlichen Möglichkeiten mehr bestehen diese neu zu bewerten.